



Wer für wen zahlt

Anna Záborská sieht in der Belastung der jüngeren Generationen eine große Herausforderung, die nicht ausschließlich mit der Erhöhung des Pensionsantrittsalters allein gelöst werden kann.



Die Abgeordnete der Europäischen Volkspartei zum Europaparlament, Anna Záborská, über die Belastung der Pensionssysteme in Europa, die Zukunft des europäischen Gesundheitswesens und die ungleiche Bezahlung und Belastung von Mann und Frau.

„Werden Hilfe von Migranten brauchen“

Das Gespräch führte
Lukas Zimmermann

Generationenverantwortung in Europa: MEP Dr. Anna Záborská (SVK) gehört der EVP-Fraktion an. Für einen Vortrag über die „Lastenverteilung zwischen den Generationen“ nahm Záborská an der „Denkwerkstatt St. Lambrecht“ teil.

DIE FURCHE: Laut EU-Bericht kommen bis zum Jahr 2060 auf eine Person über 65 Jahre statt vier nur mehr zwei Personen im erwerbsfähigen Alter. Die Gruppe der Beitragszahler schrumpft weiter. Die Anforderungen für die Jungen werden größer. Wie können die Lasten gerecht verteilt werden?

Anna Záborská: Wir wissen, dass Menschen länger leben als früher. Und wir reden über das aktive Altern. Die Pensionen werden später zurückgezahlt. Das ist also eine Möglichkeit. Schon jetzt passiert es, dass ein junger Mann mit 30 Jahren für sieben Personen arbeitet. Er arbeitet für sich selbst, für seine Eltern, seine Großeltern und für seine Frau und sein Kind.

Jetzt müssen wir denken, ob die Situation noch reversibel ist. Wir könnten eine sehr gute Familienpolitik schaffen. In 20 oder 30 Jahren werden wir die Hilfe der Migranten brauchen und ich fürchte, dass immer mehr alte Menschen zum Mittel der Sterbehilfe greifen werden, um ihr Leben zu beenden. Das Gesundheitswesen für alte Leute ist sehr teuer und die Versicherungen haben nicht genug Geld, um diese Pflege zu bezahlen.

„Wenn Frauen keine Kinder haben, ist die Bezahlung gleich mit Männern in der gesamten Union. Erst nach dem ersten Kind beginnt das Gehalt niedriger zu werden.“

DIE FURCHE: Wo sehen Sie die Hauptprobleme in den europäischen Pensionssystemen?

Záborská: Das erste ist die Verschiedenheit zwischen Arbeiter und Nicht-Arbeiter. Dann leben die Leute länger, sodass der Ruhestand länger ist. Und drittens ist die Fertilität niedrig und keine Priorität der Politiker.

DIE FURCHE: Was bringt eine Anhebung des Pensionsantrittsalters?

Záborská: Es hängt von der Arbeitslosenquote des Landes ab. Denn wenn die Jugendlichen keine Beschäftigung haben und Menschen bis 75 oder 80 Jahre arbeiten müssen, nehmen die alten Leute die Arbeitsstellen für die Jugend weg. Die Erhöhung des Pensionsantrittsalters ist nur eine temporäre Lösung.

DIE FURCHE: Sie sind Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frau. Frauen bekommen im europäischen Durchschnitt rund 39 Prozent weniger Pension als Männer.

Záborská: Frauen erhalten um 16 Prozent weniger Lohn. Der Pensionsunterschied liegt bei rund 40 Prozent. In den letzten Jahrzehnten, als die Fertilitätsrate hoch war, erkannte die Gesellschaft diese Zeit nicht für das Pensionsalter an. Wenn Frauen keine Kinder haben, ist die Bezahlung gleich mit Männern in der gesamten Europäischen Union. Nach dem ersten Kind fängt das Gehalt an, niedriger zu werden. Die Arbeitgeber sehen Frauen als weniger effektiv. Es geht nicht um den Vergleich zwischen der Frau, die in der Küche kocht, und einer Ärztin. Die Frau

hat eine schlechtere Position auf dem Arbeitsmarkt und sie muss die Arbeit akzeptieren, die nicht gut bezahlt wird. Sie hat möglicherweise Schwierigkeiten, eine Arbeit zu finden. Zum Beispiel sucht ein Direktor eine Sekretärin. Der Direktor bezahlt der Frau 1000 Euro. Dann kommt der Mann für die gleiche Position und wenn der Direktor sagt, der Mann bekommt 1000 Euro, wird er dafür nicht arbeiten. Der Direktor sagt: „Gut, ich nenne dich fortan Berater und ich gebe dir 1500 Euro, weil du mehr verfügbar bist.“ Das ist ein normaler Fall.

DIE FURCHE: Nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich hat die EU aufgeatmet. Macron ist bekenntender Europäer. Was erhoffen Sie von seiner Wahl für die EU?

Záborská: Es gibt nicht viele Dinge, die sich ändern werden. Der bisherige Präsident François Hollande war auch für die Europäische Union optimistisch und hatte eine sehr gute Zusammenarbeit mit der deutschen Bundeskanzlerin. Auf der gesetzlichen EU-Ebene gibt es keine Veränderung. Auch falls Martin Schulz die

Wahlen in Deutschland gewinnen sollte. Denn alle diese Politiker sind für die Europäische Union. Ich kenne Martin Schulz aus dem EP ganz gut. Die Deutschen glauben viel mehr an Angela Merkel. Sie schützt Deutschland und vermutlich kennt die deutsche Bevölkerung die Person Martin Schulz nicht so gut, weil er lange Zeit in Brüssel war.

DIE FURCHE: Welche Erkenntnisse nehmen Sie von der „Denkwerkstatt St. Lambrecht“ mit?

Záborská: Es war für mich besondere Konferenz, weil ich vor sehr spezialisierten Menschen gesprochen habe und diese Leute versuchen, die Bürger Europas zu unterstützen. Ich hatte den Eindruck, dass ich ihnen nicht irgendetwas erzählen konnte. Das Publikum war nicht wie eine NGO, es war nicht wie die politische Versammlung und ich schätze sehr die Atmosphäre dieser Konferenz. Sie sprachen über Finanzierungen in vielen Facetten, etwa die Arbeitsproduktivität und die demografische Situation. Die Teilnehmer denken für Jahrzehnte im Voraus und nicht für die nächste Legislaturperiode.

KLARTEXT

Der Trump-Effekt

Von Susanne Glass

Mittlerweile kann einem der anfangs so gehypte SPD-Parteichef und Kanzlerkandidat Martin Schulz fast schon leidtun. Die ständigen Fragen, wo denn der „Schulz-Effekt“ – wahlweise auch „Schulz-Faktor“ – bleibt, können er und seine Genossen spätestens seit der jüngsten Wahlschlappe in Nordrhein-Westfalen sicher nicht mehr hören. Genauso wenig das überstrapazierte Bild vom „Schulz-Zug“, der auf ein Abstellgleis gefahren sei, weil es der von seiner Partei mit (unklugen) 100 Prozent Gewählte nicht geschafft hat, seine vollmundigen Versprechungen zum Wohle des „kleinen Mannes“ mit konkreten Inhalten zu füllen. Dazu kam speziell in Nordrhein-Westfalen der Unmut der Bürger über eine als unzureichend empfundene Bildungs- und Sicherheitspolitik. All dies zusammen hat den blassen CDU-Kandidaten Armin Laschet über Nacht zum Helden gemacht, der für seine Partei den dritten Landtagswahlsieg in Folge holte. – Im Bundestagswahljahr und bei der Wahl, die zur wichtigsten Vorabstimmung



verklärt worden war. Übrigens vor allem von der SPD. Der bedauernswerte Martin Schulz muss sich nun den Fragen nach seiner schwindenden politischen Zugkraft und dem Effekt-Unwort stellen. Tatsächlich haben er und seine Partei im Freudentaumel der übertriebenen Schulz-Euphorie viele Fehler gemacht. Aber wofür sie nichts können, ist der jetzt zu Tage tretende „Trump-Effekt“. In Zeiten, in denen viele Deutsche mit ängstlichem Unglauben beobachten, welche populistischen Narzissen weltweit an die Macht kommen, setzen sie offensichtlich auf Altbewährtes und wählen die Angela-Merkel-CDU. Auch wenn die deutsche Langzeitkanzlerin schon etwas amtsverbraucht erscheint, verkörpert sie für viele nach wie vor das so dringend ersehnte Sicherheitsgefühl und einen bewussten Kontrapunkt zu den Trumps und Erdoğan dieser Welt.

Die Autorin ist Korrespondentin der ARD im Nahen Osten

TIPP

Wo der Geist zwischen Europa und den USA weht

Zum siebenten Mal laden das Land Steiermark, die Diözese Graz-Seckau und der Club Alpbach Steiermark zum alle zwei Jahre stattfindenden Pfingstdialog „Geist & Gegenwart“ ins südsteirische Schloss Seggau. Von Anfang an war die Veranstaltung als ein europäisches Forum konzipiert, kreisten die Gespräche am ehemaligen Sitz der steirischen Bischöfe unter je unterschiedlichen Aspekten um die Idee bzw. das Projekt „Europa“. Dieses Jahr steht das transatlantische Verhältnis im Fokus: Unter dem Titel „Europe. USA.3.0“ wird über „Werte. Interessen. Perspektiven“ einer wechselseitigen Beziehung debattiert. Das Thema hat gewiss von den aktuellen politischen Entwicklungen beiderseits des Atlantiks her besondere Brisanz, aber es gibt auch einen historischen Anlass: Vor

70 Jahren initiierte US-Außenminister George C. Marshall einen Plan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der zerstörten Länder Europas – 1948 trat der Marshallplan schließlich in Kraft.

Auch heuer wird wieder eine Reihe hochkarätiger Referenten aufgeboten. Den Eröffnungsvortrag hält Daniel S. Hamilton, Direktor des Zentrums für Transatlantische Beziehungen an der Johns Hopkins University; zum Abschluss spricht der Vatikan-Experte John L. Allen Jr. über den Katholizismus in Europa und den USA.

Europe.USA.3.0

Werte. Interessen. Perspektiven
Pfingstdialog „Geist & Gegenwart“
31. Mai bis 2. Juni

Schloss Seggau bei Leibnitz
www.geistundgegenwart.at